

Mensch & Politik

Dr. Silke Launert

LESEN SIE AKTUELLES AUS BERLIN UND DER REGION BAYREUTH/FORCHHEIM

Ausgabe KW 47/26

Freibäder aus dem Landkreis Bayreuth erhalten Förderungen vom Bund

Berlin/Betzenstein/Waischenfeld. Gute Nachrichten für den Landkreis Bayreuth: Der Bund unterstützt die Sanierung der **Freibäder in Betzenstein und Waischenfeld mit insgesamt 1.329.016 Euro**. Die Mittel stammen aus dem **Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“**, mit dem der Bund Städte und Gemeinden bei der Modernisierung ihrer Sportinfrastruktur unterstützt. Bei Schwimmbädern stehen dabei insbesondere eine nachhaltige Sanierung, Energieeffizienz und eine zukunftsfähige Ausstattung im Mittelpunkt.

Für die Sanierung des Freibads Betzenstein genehmigte der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages eine Fördersumme in Höhe von **609.016 Euro**. Das Freibad in Waischenfeld erhält **720.000 Euro**. Die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert, die sich auf Bundesebene für beide Vorhaben eingesetzt hatte, freute sich sehr über die Nachrichten. **„Ich freue mich sehr, dass Betzenstein und Waischenfeld bei der Sanierung ihrer Freibäder nun unterstützt werden. Gerade für kleinere Städte und Gemeinden sind solche Investitionen oft eine große Herausforderung. Die Fördermittel schaffen wichtigen finanziellen Spielraum und helfen dabei, die Freibäder für die Zukunft gut aufzustellen“,** betont Silke Launert.



In Waischenfeld sollen insbesondere die technische Ausstattung und die Becken erneuert werden. Damit wird nicht nur die bauliche Substanz verbessert, sondern auch die Nutzung des Freibads in Zukunft gewährleistet. In Betzenstein soll durch die Sanierung die Anlage langfristig gesichert und modernisiert werden. Beide Freibäder sind wichtige Bestandteile der örtlichen Infrastruktur und bieten einen Ort für Sport, Erholung und Begegnung. Bürgerinnen und Bürger ebenso wie Besucher und Urlaubsgäste kommen hier zusammen und verbringen gemeinsam Zeit.



Dr. Silke Launert: ***„Ein Freibad ist mehr als nur ein Ort zum Schwimmen. Es ist ein Treffpunkt für Menschen unterschiedlichen Alters und ein Stück Lebensqualität vor Ort.“***

BERICHT AUS BERLIN

Franken-Sachsen-Magistrale: Haushaltsausschuss legt die Grundlage für die Finanzierung der nächsten Planungsphasen



Berlin/Bayreuth. Gute Nachrichten aus dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages in Bezug auf die Franken-Sachsen-Magistrale.

In der Bereinigungssitzung Mitte November hat der Haushaltsausschuss die **Grundlage für die Finanzierung der nächsten Planungsphasen** gelegt. Mit der Fortführung der Planungen können die jeweils nächsten Verfahrensschritte vorbereitet werden.

Zur Sicherstellung der Finanzierung und der Fortführung der Planungen muss der Etat für das Jahr 2027 einschließlich der zugehörigen Mittel für Bedarfsplanprojekte in 2./3. Lesung im Bundestag in der Ende November stattfindenden Haushaltswoche und im zweiten Durchgang im Bundesrat beschlossen werden. Ausfertigung und Verkündung erfolgen durch den Bundespräsidenten. Das Inkrafttreten ist für den 1. Januar 2027 geplant.

„Das sind wirklich gute Neuigkeiten, die uns aus dem Haushaltsausschuss erreicht haben und die zeigen: Es geht endlich mal wieder vorwärts!“, so die Bayreuther Bundestagsabgeordnete **Dr. Silke** Launert, die sich seit Langem für die Verwirklichung des Ausbaus der Franken-Sachsen-Magistrale einsetzt.

Markt Weidenberg erhält Gigabit-Förderung vom Bund

Berlin/Weidenberg. Gute Nachrichten aus Berlin: Der Markt Weidenberg erhält **eine Gigabit-Förderung vonseiten des Bundesministeriums für Digitales und Staatsmodernisierung** in Höhe von **2.303.560,00 Euro**. Mit der Gigabit-Förderung unterstützt der Bund Gebietskörperschaften wie Kommunen, Landkreise, Zweckverbände oder Unternehmen in öffentlicher Trägerschaft beim Ausbau von Glasfasernetzen in Gebieten, die bisher unzureichend mit gigabitfähigen Anschlüssen versorgt sind.

Die Bayreuther Bundestagsabgeordnete **Dr. Silke Launert** begrüßt die Bundesförderung sehr:

„Das sind wirklich tolle Nachrichten für Weidenberg! Die Marktgemeinde erhält über die Gigabit-Förderung des Bundes stolze 2.303.560,00 Euro. Damit kommt schnelles Internet noch näher zu den Menschen vor Ort – zu Familien, Betrieben und Vereinen. Ein wichtiger Schritt für die Zukunftsfähigkeit unserer Region!“

BERICHT AUS BERLIN

Spritpreisbremse: Entlastung an der Zapfsäule

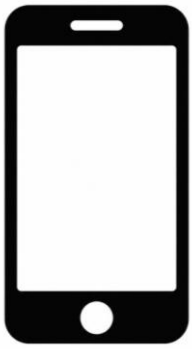
Berlin. Die Spritpreise sind erneut deutlich gestiegen. Das belastet insbesondere Pendlerinnen und Pendler, Familien, Handwerker und Selbstständige – und ganz besonders die **Menschen im ländlichen Raum, wo das Auto für viele Wege unverzichtbar ist**. Die schwarz-rote Bundesregierung reagiert darauf mit einer schnellen und pragmatischen Entlastung.



Seit dem 1. Oktober 2026 wird die **Energiesteuer auf Benzin und Diesel bis zum Jahresende um 14 Cent pro Liter gesenkt**. Zusammen mit der dadurch ebenfalls sinkenden Mehrwertsteuer ergibt sich eine **Entlastung von rund 17 Cent pro Liter**.

Damit ist es aber nicht getan: Die Bundesregierung arbeitet bereits an einer weiteren Maßnahme. **Spätestens zum 1. Januar 2027 soll ein zeitlich begrenzter Spritpreisdeckel nach dem Vorbild Luxemburgs oder Belgiens eingeführt werden.** Die konkrete Ausgestaltung wird derzeit vorbereitet. Dabei gilt: Die Versorgung mit Kraftstoffen muss jederzeit gewährleistet bleiben und ungerechtfertigte Preisaufschläge sollen verhindert werden.

Die digitale Brieftasche kommt



Berlin. Wer kennt das nicht? Im Alltag werden immer wieder unterschiedliche Dokumente und Nachweise benötigt. Künftig sollen wichtige Unterlagen auch digital und zentral **auf dem Smartphone** verfügbar sein. Mit der **neuen Bundes-App „d-you“**, die **ab dem 2. Januar 2027** starten soll, macht Deutschland einen wichtigen Schritt hin zu einer **modernen und digitalen Verwaltung**.

Dafür hat der Bundestag jetzt die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen: Mit der Verabschiedung des Digitalen Identitätengesetzes (DIdG) in zweiter und dritter Lesung wird der **gesetzliche Rahmen** für die **Europäische Brieftasche für die Digitale Identität (EUDI-Wallet)** in Deutschland geschaffen. Damit ermöglicht der Bundestag eine **sichere digitale Identifizierung**, die künftig nicht nur bei Behörden, sondern auch in der Wirtschaft genutzt werden kann.

Die digitale Brieftasche soll es Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, Nachweise wie den Personalausweis und den Führerschein digital zu hinterlegen. Weitere Funktionen und Dokumente sollen schrittweise hinzukommen. Ob beim Altersnachweis, bei einer Kontoeröffnung oder künftig beim digitalen Unterschreiben: Die App soll viele Vorgänge einfacher und unkomplizierter machen. **Die Nutzung ist freiwillig und kostenlos.**

Dabei hat der **Schutz persönlicher Daten einen sehr hohen Stellenwert**: Die Nachweise sollen **verschlüsselt** auf dem eigenen Gerät gespeichert werden. Zugleich ist die digitale Brieftasche auf eine perspektivisch europaweite Nutzung ausgelegt. Das erleichtert nicht nur den Alltag, sondern eröffnet auch neue Möglichkeiten für digitale Dienstleistungen und Unternehmen.

Dr. Silke Launert: ***„Unser Ziel ist ein moderner Staat, der sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. Die digitale Brieftasche bringt uns diesem Ziel ein deutliches Stück näher.“***

BERICHT AUS BERLIN

Früh investieren, langfristig profitieren: Die Frühstartrente kommt!

Berlin. Wer früh anfängt, hat mehr Zeit, Vermögen aufzubauen. Genau hier setzt die vom Bundestag Mitte Oktober beschlossene **Frühstartrente** an: **Ab dem sechsten Lebensjahr** erhalten anspruchsberechtigte Kinder **monatlich zehn Euro vom Staat** für ihre spätere Altersvorsorge. Starten wird die Förderung **rückwirkend zum 1. Januar 2026** zunächst mit den **Geburtsjahrgängen 2020 und 2021.** Ab 2027 kommen schrittweise weitere Jahrgänge hinzu.

Das Geld fließt in ein **kapitalgedecktes Altersvorsorgedepot**, das Eltern für ihre Kinder eröffnen können. **Wichtig: Zusätzlich können Eltern und Großeltern freiwillig einzahlen**. Dafür sind **bis zu 6.840 Euro jährlich je Vertrag möglich** – maximal zwei Verträge pro Kind können begünstigt werden. Für ältere Kinder, die keinen Anspruch auf die Frühstartrente haben, besteht trotzdem die Möglichkeit, ein Standarddepot-Vertrag für die Altersvorsorge abzuschließen, der privat bespart werden kann. Dabei bleiben Gewinne und Erträge während der gesamten Ansparphase bis zur Auszahlungsphase steuerfrei.


Bild: Deutscher Bundestag / Inga Haar

Wird kein individuelles Depot eröffnet, ist eine kollektive Anlage der Frühstartrente durch den Bund vorgesehen – ausschließlich in breit gestreute globale Aktien oder Aktienfonds.

Die Vorteile liegen auf der Hand: **Über viele Jahre kann der Zinseszinseffekt aus kleinen Beträgen ein beachtliches Vermögen entstehen lassen.** Gleichzeitig lernen Kinder und Jugendliche früh, wie langfristiges Sparen und Investieren funktionieren. Die gesetzliche Rente bleibt zwar das Fundament der Altersvorsorge. Die Frühstartrente ergänzt sie dabei aber um einen wichtigen Baustein privater Vorsorge.

Dr. Silke Launert: *„Mit der Frühstartrente setzt die CSU eine zentrale Forderung aus ihrem Wahlprogramm und dem Koalitionsvertrag um. Sie eröffnet jungen Menschen frühzeitig Chancen auf Vermögensaufbau, stärkt ihre finanzielle Eigenständigkeit und macht Finanzbildung zu einem wichtigen Bestandteil der Altersvorsorge.“*

BERICHT AUS BERLIN

K.-o.-Tropfen – Bundestag beschließt Strafrechtsverschärfung

Berlin. Wer K.-o.-Tropfen einsetzt, um Menschen wehrlos zu machen und schwere Straftaten zu begehen, muss von nun an mit **deutlich härteren strafrechtlichen Konsequenzen** rechnen. Bei einer Vergewaltigung unter Einsatz entsprechender Substanzen gilt künftig eine **Mindestfreiheitsstrafe von fünf Jahren**.

„K.-o.-Tropfen nehmen Menschen innerhalb kürzester Zeit die Fähigkeit, sich zur Wehr zu setzen. Werden solche Substanzen verwendet, um eine Vergewaltigung oder andere schwere Straftaten zu ermöglichen, ist das eine besonders hinterhältige Form der Tatbegehung“, betont die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und ehemalige Staatsanwältin Dr. Silke Launert. ***„Dieses besondere Unrecht muss sich auch in der strafrechtlichen Bewertung widerspiegeln.“***

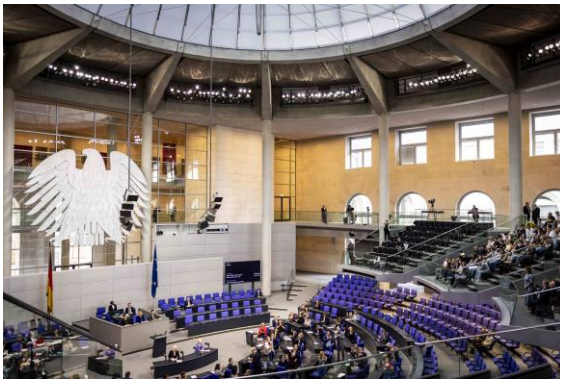


Bild: Deutscher Bundestag / Christina Czybik

Hintergrund der Neuregelung ist eine Entscheidung des Bundesgerichtshofs, wonach K.-o.-Tropfen nicht als gefährliches Werkzeug im Sinne des Strafgesetzbuches gelten. Bislang lag die Mindeststrafe bei einem sexuellen Übergriff unter Einsatz solcher Substanzen deshalb bei drei statt fünf Jahren. Mit der Gesetzesänderung werden neben Waffen und gefährlichen Werkzeugen künftig ausdrücklich auch **gefährliche Mittel** erfasst. **Damit soll das Strafrecht dem besonderen Unrecht dieser Taten besser Rechnung tragen.**

Für Silke Launert ist die Neuregelung auch ein klares Signal für den Schutz von Frauen:

„Frauen müssen sich überall sicher fühlen können – im öffentlichen Raum ebenso wie im eigenen Zuhause. Mit dieser Gesetzesänderung schließen wir eine bestehende Rechtslücke und setzen ein deutliches Zeichen gegen Gewalt sowie für einen besseren Opferschutz.“

Die Regelung ist zugleich zukunftsgerichtet: Sie soll nicht nur bekannte Fälle mit K.-o.-Tropfen erfassen, sondern auch auf andere gefährliche betäubende Substanzen und neue Tatbegehungsformen anwendbar sein. ***„Das Strafrecht muss auf neue Entwicklungen reagieren können. Entscheidend ist, dass Täter konsequent zur Verantwortung gezogen und Betroffene besser geschützt werden“***, so die CSU-Abgeordnete.

BERICHT AUS BERLIN

Führerschein bezahlbarer machen: Reform der Fahrschulausbildung



Berlin. Ein Führerschein ist weit mehr als die Erlaubnis mit dem Auto zu fahren: Er bedeutet Freiheit, Selbstständigkeit und ist gerade im ländlichen Raum Voraussetzung für Ausbildung und Beruf sowie gesellschaftliche Teilhabe. Doch für viele junge Menschen und Familien sind die Kosten inzwischen zu einer **erheblichen finanziellen Belastung** geworden.

Der Deutsche Bundestag hat daher Anfang November eine entsprechende Reform der Fahrschulausbildung beschlossen. Künftig kann der **Theorieunterricht vollständig digital**, beispielsweise über eine App, absolviert werden.

Auch bei den praktischen Fahrstunden fallen starre Vorgaben weg: Die bisher **gesetzlich festgelegten zwölf Sonderfahrten werden abgeschafft**. Stattdessen soll sich der Umfang am tatsächlichen Können und Lernfortschritt der Fahrschüler orientieren.

Ein weiterer wichtiger Schritt ist die **Einführung der sogenannten Laienausbildung**, wie sie beispielsweise in Österreich und Luxemburg bereits möglich ist. Nach **bestandener Theorieprüfung** und **mindestens sechs praktischen Fahrstunden** in der Fahrschule dürfen Fahrschüler künftig zusätzliche Übungsfahrten mit einer nahestehenden Person unternehmen – etwa mit ihren Eltern oder Großeltern. So können sie das Erlernte im vertrauten Umfeld vertiefen, zusätzliche Routine gewinnen und weitere Fahrpraxis sammeln. Wichtig dabei: **Die private Begleitung ergänzt die professionelle Fahrschulausbildung, ersetzt sie aber nicht.**

Darüber hinaus werden durch die Reform **die Fahrschulen durch weniger Dokumentationspflichten und vereinfachte Fortbildungsregelungen von unnötiger Bürokratie entlastet**.

Dr. Silke Launert: ***„Gerade in einer ländlich geprägten Region wie Oberfranken ist der Führerschein für viele junge Menschen unverzichtbar, um zur Ausbildungsstelle, zum Arbeitsplatz oder in die nächste Stadt zu gelangen. Mobilität darf dabei keine Frage des Geldbeutels sein. Deshalb müssen die Kosten sinken und unnötige bürokratische Hürden abgebaut werden. Mit weniger Bürokratie, mehr Flexibilität und zusätzlichen Möglichkeiten, Fahrpraxis zu sammeln, gehen wir einen wichtigen Schritt in diese Richtung.“***

BERICHT AUS BERLIN

Bundestag stärkt die deutschen Nachrichtendienste

Berlin. Spionage, Sabotage, Cyberangriffe und gezielte Einflussnahme durch fremde Staaten stellen Deutschland vor wachsende sicherheitspolitische Herausforderungen. Um diesen Gefahren wirksamer begegnen zu können, hat der Deutsche Bundestag eine **umfassende Reform des Nachrichtendienstrechts** beschlossen. Ziel ist es, die deutschen **Nachrichtendienste zu stärken** und sie besser auf die **veränderte Sicherheitslage** einzustellen.



Bild: Deutscher Bundestag / Jörg F. Müller

Mit der Reform erhalten die Nachrichtendienste unter gesetzlich klar definierten Voraussetzungen **zusätzliche Handlungsmöglichkeiten**. So sollen sie künftig beispielsweise **in bestimmten Fällen aktiv in die IT-Systeme gegnerischer Akteure eingreifen, deren Infrastruktur ausschalten oder unschädlich machen können**.

Darüber hinaus werden die technischen Möglichkeiten der Nachrichtendienste modernisiert. Der Bundesnachrichtendienst erhält im Rahmen seiner strategischen Fernmeldeaufklärung **längere Speicherfristen**.

Zudem schafft die Reform die **rechtlichen Grundlagen für den Einsatz moderner Analyseverfahren**, insbesondere unter **Nutzung künstlicher Intelligenz** und **biometrischer Bilddatenvergleiche.**

Dr. Silke Launert: ***„Unsere Nachrichtendienste müssen mit den Entwicklungen Schritt halten können. Es kann nicht unser Anspruch sein, eine Bedrohung lediglich zu beobachten und erst dann handeln zu können, wenn aus dieser bereits ein konkreter Angriff geworden ist.“***

Mehr Sicherheit im digitalen Raum

Berlin. Cyberangriffe sind längst eine ernsthafte Bedrohung für Unternehmen, die kritische Infrastruktur und staatliche Einrichtungen. Mit dem Gesetz zur **Stärkung der Cybersicherheit** werden die Sicherheitsbehörden deshalb besser für die Abwehr solcher Gefahren aufgestellt.

Das Bundeskriminalamt und die Bundespolizei erhalten zusätzliche Befugnisse, um gefährliche IT-Systeme außer Betrieb zu nehmen, schädlichen Datenverkehr zu unterbinden und unter engen gesetzlichen Voraussetzungen Schadsoftware oder andere gefährliche Daten zu löschen oder zu verändern.

Silke Launert: ***„Angriffe auf unsere digitale Infrastruktur können die Energieversorgung, unsere Wirtschaft, unsere Kommunikation und wichtige staatliche Einrichtungen gefährden. Ein handlungsfähiger Staat muss solchen Bedrohungen wirksam begegnen können. Die neuen Befugnisse sind deshalb ein wichtiger Schritt für mehr Sicherheit und digitale Souveränität.“***

BERICHT AUS BERLIN

Bundeswehr-Infrastruktur: Schnellere Verfahren für mehr Sicherheit

Berlin. Eine starke Bundeswehr braucht nicht nur gut ausgebildete und ausgerüstete Soldatinnen und Soldaten, sondern auch eine **moderne und leistungsfähige Infrastruktur**. Mit dem Mitte November beschlossenen Bundeswehr-Infrastrukturbeschleunigungsgesetz schafft der Bundestag die Voraussetzungen dafür, dass **dringend benötigte Bauvorhaben künftig deutlich schneller umgesetzt** werden können.

Ob Kasernen, Depots, Übungsplätze oder notwendige Verkehrsanbindungen: Der Neu-, Um- und Ausbau militärischer Infrastruktur ist angesichts der veränderten sicherheitspolitischen Lage von entscheidender Bedeutung. Bislang haben langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie bürokratische Hürden wichtige Projekte immer wieder verzögert. Hier setzt das neue Gesetz an.

Kern der Regelung ist, dass bestimmte militärische Infrastrukturvorhaben **künftig gesetzlich als Vorhaben von „überragendem öffentlichen Interesse“ eingestuft** werden. Damit erhalten sie bei behördlichen Abwägungsentscheidungen ein deutlich stärkeres Gewicht. Zudem bekommt die Bundeswehr mehr Möglichkeiten, **Bauprojekte eigenständig oder mithilfe beauftragter Dritter umzusetzen**. Dadurch werden bestehende Abhängigkeiten von den Bauverwaltungen der Länder verringert und zusätzliche Engpässe beseitigt.

Silke Launert: ***„Unsere Soldatinnen und Soldaten brauchen eine Infrastruktur, die den Anforderungen der heutigen Sicherheitslage gerecht wird. Es kann nicht sein, dass dringend notwendige Bauvorhaben durch überlange Verfahren und bürokratische Hürden ausgebremst werden. Mit dem neuen Gesetz schaffen wir die Grundlage dafür, schneller zu bauen und die Einsatzbereitschaft unserer Bundeswehr nachhaltig zu stärken.“***

BERICHT AUS BERLIN

Mehr Befugnisse für die Bundespolizei

Berlin. Ob an den Grenzen, an Flughäfen oder an Bahnhöfen: Die Bundespolizei sorgt tagtäglich für unsere Sicherheit. Gleichzeitig haben sich die Herausforderungen für die Einsatzkräfte in den vergangenen Jahren deutlich verändert. **Neue Gefahrenlagen – etwa durch bewaffnete Angriffe oder den zunehmenden Einsatz von Drohnen** – erfordern moderne Instrumente und klare rechtliche Befugnisse.

Mit der Reform des Bundespolizeigesetzes schafft die schwarz-rote Regierungskoalition deshalb zusätzliche Möglichkeiten, damit die Bundespolizei Gefahren frühzeitig erkennen und konsequent handeln kann.

Konkret erhält die Bundespolizei unter anderem folgende neue Befugnisse:

- **Kontrollen in Waffen- und Messerverbotszonen:** Auch ohne konkreten Verdacht können dort Kontrollen durchgeführt werden.
- **KI-gestützte Videoüberwachung:** Moderne Videosysteme können dabei helfen, Auseinandersetzungen unter Einsatz von Waffen frühzeitig zu erkennen.
- **Echtzeit-Gesichtserkennung:** Sie kann künftig zur Fahndung nach Terrorverdächtigen und zur Suche nach vermissten Personen eingesetzt werden.
- **Drohnenabwehr:** Die Bundespolizei erhält erweiterte Möglichkeiten, Drohnen zur Überwachung und Aufklärung einzusetzen und gefährliche Drohnen abzuwehren.
- **Abschiebehaft:** Die Bundespolizei kann künftig die Anordnung von Abschiebehaft beantragen, wenn dies erforderlich ist, damit ausreisepflichtige Personen sich dem Verfahren nicht entziehen.

Damit wird das Bundespolizeigesetz an die sicherheitspolitischen Herausforderungen unserer Zeit angepasst.

Dr. Silke Launert: ***„Unsere Bundespolizistinnen und Bundespolizisten leisten jeden Tag einen unverzichtbaren Beitrag für die Sicherheit in unserem Land. Sie verdienen dafür unseren Rückhalt – und vor allem auch die rechtlichen und technischen Möglichkeiten, die sie für ihre anspruchsvolle Arbeit brauchen. Mit der Reform schaffen wir dafür die notwendigen Voraussetzungen.“***

BERICHT AUS BERLIN

Sozialstaat schützen, Missbrauch konsequent bekämpfen

Berlin. Wer auf die Unterstützung unseres Sozialstaates angewiesen ist, soll sie bekommen. Gleichzeitig muss klar sein: Sozialleistungen sind für Menschen da, die Hilfe benötigen – nicht für diejenigen, die das System gezielt ausnutzen. Die Bundesregierung geht deshalb mit einem neuen **10-Punkte-Plan** konsequenter gegen Sozialleistungsmissbrauch und organisierte Ausbeutung vor.

Der gemeinsam vonseiten des Bundesinnenministeriums und des Bundesarbeitsministeriums vorgelegte **Aktionsplan** setzt an mehreren Stellen an. Im Mittelpunkt stehen dabei ein besserer Datenaustausch zwischen Behörden, konsequenteres Vorgehen gegen organisierte Strukturen und ein besserer Schutz derjenigen, die von Ausbeutung betroffen sind.

Konkret sind unter anderem folgende Maßnahmen vorgesehen:

- **Behörden besser vernetzen:** Durch einen **verbesserten Datenaustausch** sollen Auffälligkeiten schneller erkannt und Fälle von Sozialleistungsmissbrauch effektiver aufgedeckt werden.
- **Organisierten Leistungsmissbrauch bekämpfen:** Die Bundesagentur für Arbeit erhält ein **zentrales Kompetenzcenter** sowie fünf regionale Stellen, die sich gezielt mit komplexen Fällen und organisierten Strukturen befassen.
- **Scheinbeschäftigung konsequenter verfolgen:** In Zukunft werden auch Arbeitgeber für zu viel gezahlte Sozialleistungen haften. Das bedeutet in der Konsequenz, dass sie Sozialleistungen zurückzahlen müssen, wenn sie eine geringfügige oder sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gar nicht, nicht vollständig oder nur zum Schein sozialversicherungsrechtlich melden.
- **Ausbeutung und Menschenhandel bekämpfen:** Hintermänner organisierter Ausbeutung sollen strafrechtlich besser verfolgt werden. Gleichzeitig sollen Betroffene von Menschenhandel, Arbeitsausbeutung und Zwangsarbeit besser geschützt werden, insbesondere durch **Informations- und Beratungsangebote schon in den Herkunftsländern**. So soll verhindert werden, dass sie in die falschen Hände geraten und mit falschen Versprechungen gelockt werden („know before you go“).
- **Kommunen stärken:** Gegen sogenannte **Schrottimmobilien**, die teilweise für ausbeuterische Geschäftsmodelle und Sozialleistungsmissbrauch genutzt werden, sollen **Kommunen zusätzliche Instrumente** erhalten – unter anderem durch eine Novelle des Baugesetzbuches, die eine **bessere Vorbereitung von Instandsetzungsgeboten**, **vereinfachte Ausübung von Vorkaufsrechten** und eine neue **Möglichkeit zur Enteignung bei extremen Fällen** von Missbrauch vorsehen soll.
- **Konsequenter gegen Straftäter vorgehen:** Wer mit einem **vollstreckbaren Haftbefehl gesucht** wird und sich dem Antritt einer Freiheitsstrafe entzieht, soll künftig **keine Leistungen der Grundsicherung** mehr beziehen können.

BERICHT AUS BERLIN

Bundestag stärkt die Notfallversorgung

Berlin. Wer plötzlich medizinische Hilfe braucht, muss sich darauf verlassen können, schnell und zuverlässig versorgt zu werden. Doch bislang ist es für Patientinnen und Patienten nicht immer einfach, die richtige Anlaufstelle zu finden. Gleichzeitig sind Notaufnahmen und Rettungsdienste häufig stark ausgelastet. Mit der beschlossenen Reform der Notfallversorgung geht der Deutsche Bundestag diese Probleme gezielt an.



Ein zentraler Baustein ist die **bessere Vernetzung der verschiedenen Anlaufstellen**. Krankenhäuser, ärztlicher Bereitschaftsdienst und Rettungsdienste sollen künftig enger zusammenarbeiten. Dafür werden **Integrierte Notfallzentren** eingerichtet. Sie verbinden die Notaufnahme eines Krankenhauses mit einer **Notdienstpraxis** und einer **zentralen Ersteinschätzungsstelle.** So kann schneller entschieden werden, welche Behandlung erforderlich ist und wo sie am besten erfolgen sollte.

Auch die telefonische Hilfe wird verbessert: Die Rufnummer **116 117** wird zu einer **rund um die Uhr erreichbaren Akutleitstelle** ausgebaut. Durch eine medizinische Ersteinschätzung sowie telefonische oder per Video mögliche Beratung soll schneller die passende Versorgung vermittelt werden. Wichtig: **Die 112 bleibt weiterhin die richtige Nummer bei lebensbedrohlichen Notfällen**.

Hinzu kommt eine **stärkere digitale Vernetzung der Leitstellen**. Informationen sollen künftig besser ausgetauscht werden, damit Hilfesuchende ihre Angaben nicht mehrfach machen müssen und die verschiedenen Stellen ihre Maßnahmen besser aufeinander abstimmen können.

Dr. Silke Launert: ***„Das Ziel ist klar: Patientinnen und Patienten sollen im Notfall schneller die richtige Hilfe erhalten. Zugleich entlasten wir medizinisches Personal, vermeiden unnötige Wege und setzen vorhandene Ressourcen gezielter ein. Damit sorgen wir für eine leistungsfähige und verlässliche Notfallversorgung – genau dann, wenn es darauf ankommt.“***

BERICHT AUS BERLIN

Mehr Freiheit für die Wissenschaft

Berlin. Deutschland braucht die besten Köpfe, um bei Zukunftstechnologien an der Weltspitze mitzuhalten. Dafür müssen deutsche Forschungseinrichtungen auch im internationalen Wettbewerb um Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bestehen können. Mit der **Novelle des Wissenschaftsfreiheitsgesetzes** schafft der Deutsche Bundestag dafür jetzt mehr Spielraum.



Bild: Deutscher Bundestag / Jörg F. Müller

Ein wichtiger Punkt der Reform ist das sogenannte **Besserstellungsverbot**. Vereinfacht gesagt bedeutet das: Forschungseinrichtungen, die öffentliche Fördermittel erhalten, durften ihre Beschäftigten grundsätzlich nicht besser bezahlen als vergleichbare Beschäftigte des Bundes.
Für den internationalen Wettbewerb um Spitzenkräfte kann das zum Problem werden – insbesondere dann, wenn andere Forschungseinrichtungen oder Unternehmen deutlich attraktivere Gehälter anbieten können.

Künftig erhalten **projektgeförderte, gemeinnützige Forschungseinrichtungen mehr Freiheit bei der Vergütung ihrer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler**. Sie können Gehälter oder Gehaltsbestandteile oberhalb des Niveaus vergleichbarer Bundesbeschäftigter ermöglichen, **wenn dafür keine öffentlichen Mittel eingesetzt werden**. Unter bestimmten Voraussetzungen können dafür auch EU-Fördermittel genutzt werden. Gleichzeitig entfällt für die entsprechenden Fälle die bisher notwendige Einzelprüfung von Ausnahmen – das bedeutet **weniger Bürokratie** und **mehr Handlungsspielraum.**

Auch der Kreis der Einrichtungen, die von den erweiterten Regelungen profitieren, wurde im parlamentarischen Verfahren ausgeweitet: Statt bislang elf werden künftig **15 außeruniversitäre Forschungseinrichtungen** ausdrücklich einbezogen. Dazu gehören unter anderem das Center for the Transformation of Chemistry, das Deutsche Zentrum für Astrophysik, das Berlin Institute of Health at Charité und das Deutsche Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung.

Die Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Forschung, Technologie und Raumfahrt, **Dr. Silke Launert**, erklärt hierzu:

„Wer Spitzenforschung will, muss auch die Voraussetzungen schaffen, um Spitzenkräfte zu gewinnen und zu halten. Die Novelle des Wissenschaftsfreiheitsgesetzes gibt unseren Forschungseinrichtungen dafür mehr Freiheit und Flexibilität. Und sie stärkt zugleich den Transfer: Denn gerade industrienahe Forschungseinrichtungen tragen dazu bei, dass aus guten Ideen und Forschungsergebnissen möglichst schnell innovative Produkte, Technologien und Lösungen für die Praxis entstehen.“

BERICHT AUS BERLIN

Gute Arbeitsbedingungen für eine starke Wissenschaft

Berlin. Exzellente Forschung braucht kluge Köpfe – und attraktive Arbeitsbedingungen. Damit Deutschland im **internationalen Wettbewerb um die besten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler** bestehen kann, braucht es verlässliche Perspektiven an Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

Mitte November hat der Deutsche Bundestag daher die **Novelle des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes** (WissZeitVG) beschlossen. Sie sieht unter anderem **Mindestlaufzeiten für Erstverträge** vor und **verbessert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf**. Gleichzeitig berücksichtigt sie die **besonderen Anforderungen des Wissenschaftsbetriebs** und schafft einen ausgewogeneren und transparenteren Rahmen für befristete Beschäftigungsverhältnisse.

Silke Launert: ***„Wer die besten Köpfe für die Wissenschaft gewinnen und halten möchte, muss ihnen attraktive Arbeitsbedingungen und verlässliche Perspektiven bieten. Mehr Planungssicherheit gerade für den wissenschaftlichen Nachwuchs ist deshalb ein wichtiger Schritt, um den Forschungsstandort Deutschland nachhaltig zu stärken.“***

Frühkindliche Bildung stärken – bessere Startchancen für alle Kinder

Berlin. Gute Bildung beginnt nicht erst in der Schule. Mit dem Startchancen- und Qualitätsentwicklungsgesetz soll die **Qualität der frühkindlichen Bildung bundesweit verbessert** und bestehende Chancenungleichheit frühzeitig abgebaut werden. Hierfür werden **erstmals bundesweit einheitliche Qualitätsstandards** eingeführt.

Künftig werden **spätestens ab dem vierten Lebensjahr die Sprach- und Entwicklungsstände der Kinder erfasst**. Im Anschluss daran werden **alltagsintegrierte Bildungsangebote** sowie eine **bei Bedarf auch verpflichtende,** gezielte und an den individuellen Fähigkeiten der Kinder ausgerichtete **Förderung** eingeleitet. Dafür erhalten die Kita-Fachkräfte zusätzliche Zeit. Einrichtungen mit besonders vielen Kindern in herausfordernden Lebenslagen werden zudem personell gestärkt. **Der Bund unterstützt die Länder** zum anteiligen Ausgleich der Mehrbelastungen von 2027 bis 2034 mit insgesamt rund **9,25 Milliarden Euro.**



BERICHT AUS BERLIN

Delegationsreise in die Türkei

Berlin/Antalya. Am ersten Oktoberwochenende fand im türkischen Antalya der **International Astronautical Congress 2026** statt. Im Rahmen des Kongresses reiste die Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt, Dr. Silke Launert, in die Türkei. Der Kongress bringt die internationale Raumfahrt-Community zusammen und zeigt, wie wichtig die Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg ist, um wissenschaftliche und technologische Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen. Daher setzt auch Deutschland auf Kooperation in Europa und darüber hinaus. Europa muss in zentralen Bereichen der Raumfahrt unabhängiger und handlungsfähiger werden. Dazu zählen beispielsweise ein eigener Zugang zum All, Satellitenkommunikation und Erdbeobachtung.

Während des Kongresses tauschte sich Silke Launert in verschiedenen Diskussionsrunden mit Vertreterinnen und Vertretern der internationalen Raumfahrtbranche aus. Zudem besuchte sie den German Pavilion, an dem sich 21 Unternehmen aus Deutschland vorstellten. Wie viel in der deutschen Raumfahrtbranche möglich ist, zeigt das Unternehmen Isar Aerospace aus der Nähe von München mit seiner Spectrum-Rakete. Anfang September startete es die erste deutsche Rakete, die den Erdorbit erreichte und Satelliten in die Erdumlaufbahn bringen konnte. Somit ist Deutschland das einzige europäische Land mit einem eigenen Zugang zum All. Raumfahrt gewinnt zunehmend an Bedeutung – nicht nur für Forschung und Wissenschaft, sondern auch für die Wirtschaft. Die Branche schafft Arbeitsplätze, stärkt technologische Fähigkeiten und trägt zum Wohlstand in Deutschland bei. Der Kongress machte daher deutlich, dass internationale Partnerschaften gestärkt sowie die eigenen Fähigkeiten in der Raumfahrt weiter ausgebaut werden müssen.









BERICHT AUS BERLIN

European Union Contest for Young Scientists 2026



Berlin/Kiel. Nachwuchsforscherinnen und -forscher aus aller Welt kamen Ende September in Kiel zusammen. Anlass war der **European Union Contest for Young Scientists (EUCYS) 2026**, der in diesem Jahr zum zweiten Mal in Deutschland stattfand. Mit der feierlichen Award Ceremony am 26. September 2026 fand der Wettbewerb in den Räumen der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel seinen Abschluss. Insgesamt nahmen rund 140 bis 150 Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler im Alter von 14 bis 20 Jahren aus etwa 40 Ländern an EUCYS teil. Unter ihnen waren junge Talente aus Europa, aber beispielsweise auch aus Kanada, den USA und Korea. Rund 100 Projekte aus unterschiedlichen Forschungsbereichen waren für die verschiedenen Auszeichnungen nominiert, die von einer Jury bewertet wurden.

Die Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt Dr. Silke Launert nahm an der Preisverleihung teil und durfte gemeinsam mit der Bundesfamilienministerin Karin Prien die Preise an die jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler überreichen. Sie zeigte sich beeindruckt von der großen Begeisterung und dem Engagement der jungen Forscherinnen und Forscher. Es sei bewundernswert, mit wie viel Motivation und Kreativität die jungen Menschen bereits in diesem Alter an wissenschaftliche Fragestellungen herangingen und eigene Lösungen entwickelten. Gerade angesichts der Herausforderungen unserer Zeit sei es wichtig, junge Talente für Wissenschaft und Forschung zu begeistern und zu fördern. Durch internationale Wettbewerbe wie den EUCYS könne sich Deutschland zudem als attraktiver Standort für junge Menschen präsentieren, die sich eventuell für ein Studium oder eine Forschungskarriere in Deutschland entscheiden. Mit ihrer Begeisterung und ihren Ideen haben die jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nämlich bewiesen, welches Potenzial in ihrer Generation stecke.









BERICHT AUS BERLIN

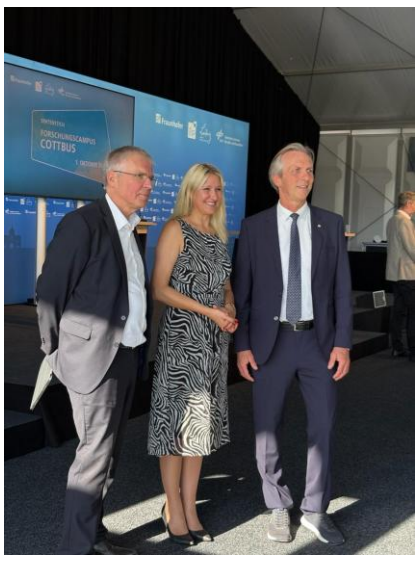
Spatenstich für den Forschungscampus Cottbus – Ein starkes Zeichen für Forschung, Innovation und Strukturwandel

Berlin/Cottbus. Große Freude in der Lausitz: Mit dem Spatenstich Anfang Oktober wurde der Grundstein für den künftigen Forschungscampus Cottbus gelegt. Der Campus soll zu einem Ort werden, an dem Ideen entstehen, Talente bleiben, Unternehmen sich entwickeln und aus Forschung konkrete Innovationen wachsen.
Die Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin Dr. Silke Launert war ebenfalls vor Ort und erklärte: **„Der heutige Spatenstich setzt ein klares Zeichen für die Zukunft der Lausitz und der Stadt Cottbus als Standort von Forschung, Technologie und Innovation."**

Zum Hintergrund: Der Campus bringt anwendungsorientierte Forschung, akademische Ausbildung und starke außeruniversitäre Partner zusammen. Mit Einrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft, der Leibniz-Gemeinschaft und des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt in Partnerschaft mit der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg entsteht hier ein immer dichteres und vielfältigeres Forschungsökosystem. Nach der Fertigstellung wird an hochgradig relevanten Themen gearbeitet – wie der Mikroelektronik, elektrifizierten Antrieben für die Luftfahrt und der Dekarbonisierung von Industrieprozessen. Diese Schwerpunkte wurden von der Bundesregierung und den vom Kohleausstieg betroffenen Ländern im Investitionsgesetz Kohleregionen vereinbart. Besonders wichtig ist das Projekt für den Strukturwandel vor Ort. Wo unterschiedliche Forschungseinrichtungen, Hochschulen und Unternehmen auf engem Raum zusammenkommen, entstehen neue Chancen für Kooperationen, Innovationen und Technologietransfer. **„Das ist ein echter Standortvorteil, der weit über die Region hinaus Wirkung entfalten wird"**, so Silke Launert.

Ein besonderer Fokus liegt auf der engen Verbindung zur Wirtschaft: Unternehmen erhalten Zugang zu Forschungs- und Testinfrastrukturen auf dem neuesten Stand. Forschungsergebnisse können so schneller in die Anwendung überführt und neue Technologien unter realen Bedingungen erprobt werden. Gleichzeitig profitieren die Menschen vor Ort durch attraktive Arbeitsplätze für hochqualifizierte Fachkräfte, gute Bedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs und neue Unternehmensgründungen. Mit dem heutigen Spatenstich wird ein sichtbares Fundament gelegt. Der Bund und das Land Brandenburg unterstützen diesen Weg aktiv. Abschließend wünschte Silke Launert in ihrem Grußwort allen Beteiligten viel Erfolg, Tatkraft und gutes Gelingen.







BERICHT AUS BERLIN

Besuche in Berlin

Berlin. Im Oktober besuchten gleich mehrere Gruppen die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert im Deutschen Bundestag. Darunter waren eine 50-köpfige BPA-Gruppe aus Bayreuth sowie rund 80 Schülerinnen und Schüler der Realschule Ebermannstadt mit ihren Lehrkräften. Silke Launert war für beide Gruppen extra nach Berlin angereist und nahm sich für sie Zeit. In den verschiedenen Gesprächen berichtete sie unter anderem von ihrem persönlichen Werdegang und ihrem Weg in den Bundestag. Außerdem ging es auch um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie weitere politische Themen.





Ilse Aigner als neue Bundespräsidentin vorgeschlagen

Berlin. Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert freut sich sehr über die Initiative von CSU und CDU, ihre CSU-Kollegin und die Bayerische Landtagspräsidentin Ilse Aigner für das Amt der Bundespräsidentin vorzuschlagen. Mit Ilse Aigner stehe eine erfahrene und engagierte Politikerin zur Wahl, die für dieses hohe Amt sehr gut geeignet sei.
Mit der Wahl durch die Bundesversammlung am 30. Januar 2027 in Berlin wäre sie die erste Frau in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, die das höchste Staatsamt innehat.



BERICHT AUS BAYERN

CSU-Parteitag in München

München. Auf der Messe München fand am 23. und 24. Oktober der 93. Parteitag der CSU statt. Unter dem diesjährigen Motto **„Näher am Menschen – Für ein bürgernahes und bodenständiges Bayern“** eröffnete CSU-Generalsekretär Martin Huber am Freitagnachmittag den Parteitag. Anschließend sprach der Parteivorsitzende und Bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder über zentrale Zukunftsthemen für Bayern und Deutschland. Dabei ging es unter anderem um die Erbschaftsteuer, die Bedeutung der Minijobs (die insbesondere für die Gastronomie und den Einzelhandel wichtig sind), die Raumfahrt und die Hightech-Branche. Auch die Stärkung der Kommunen war Thema sowie die Bewerbung Münchens als deutscher Kandidat für die Olympischen Spiele, was die CSU natürlich sehr freut und worin sie eine große Chance für Bayern sieht. Bayern stehe für wirtschaftliche Stärke, Innovation und Tradition. Diese Werte gelte es zu bewahren und weiter auszubauen.

Ein weiterer Schwerpunkt seiner Rede war der Umgang mit politischen Extremen. Mit Blick auf die AfD und die Linkspartei, die bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und in Mecklenburg-Vorpommern (AfD) bzw. bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus in Berlin (Die Linke) stärkste Kräfte wurden, betonte Söder eine klare Abgrenzung von rechts und links. Beide Parteien müsse man mit überzeugender inhaltlicher Politik und guten Argumenten schlagen. **Der einstimmig beschlossene Leitantrag „Demokratie schützen. Freiheit verteidigen. Zukunft gestalten“ unterstrich den Anspruch der CSU, die demokratischen Grundwerte zu verteidigen und die Zukunft Bayerns zu gestalten.**

Am Samstag stand neben der weiteren Beratung der Parteitagsanträge auch der Besuch von Bundeskanzler und CDU-Vorsitzendem Friedrich Merz auf dem Programm, der in seiner Rede eine schnelle Umsetzung der angestoßenen Reformen forderte. Auch die **CSU-Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert** nahm an beiden Tagen am Parteitag teil und kam währenddessen mit zahlreichen Kolleginnen und Kollegen aus Bund und Land sowie aus Bayreuth und Oberfranken ins Gespräch. Gemeinsam mit der Frauen-Union brachte sie zudem mehrere Anträge ein, wie u.a. die **Forderung nach einer stärkeren Förderung der Forschung zum Krankheitsbild Lipödem**, **den Ausbau von Studienangeboten an Hochschulen für angewandte Wissenschaften** (beispielsweise im Bereich der Angewandten Psychologie) **sowie die Ausweitung der Forschung zu den Auswirkungen der Wechseljahre auf die Arbeitswelt und zu geschlechtsspezifischen Unterschieden bei der Erkennung von Herzinfarkten.**







BERICHT AUS OBERFRANKEN

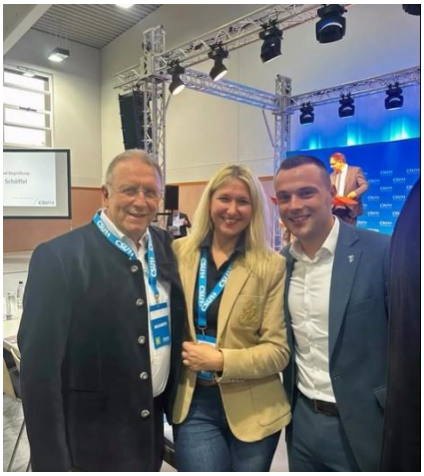
Bezirksparteitag der CSU-Oberfranken

Marktleugast. Am 10. Oktober 2026 kam die CSU-Oberfranken zu ihrem Bezirksparteitag in der Oberlandhalle in Marktleugast zusammen. Eröffnet wurde die Veranstaltung vom Bezirksvorsitzenden der CSU-Oberfranken und Staatssekretär im Bayerischen Finanzministerium Martin Schöffel. Anschließend folgten Grußworte des Kreisvorsitzenden und Bezirkstagspräsidenten Henry Schramm sowie des Bayerischen Staatsministers Albert Füracker. Als Gast war zudem Hanno Kempermann, Geschäftsführer von IW Consult, eingeladen, der über die wirtschaftliche Entwicklung und die Bedeutung Oberfrankens als Wirtschaftsstandort sprach**. Im Mittelpunkt des Bezirksparteitags stand nämlich die Frage, wie Oberfranken wirtschaftlich stark und zukunftssicher aufgestellt werden kann.** Es wurde deutlich, wie wichtig verlässliche Rahmenbedingungen für Unternehmen, Kommunen und die Menschen vor Ort sind. Auch Sternekoch Alexander Herrmann, der sich mittlerweile kommunalpolitisch für die CSU engagiert, nahm an der Veranstaltung teil. Die Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert, die ebenfalls dem Bezirksvorstand als stellvertretende Vorsitzende angehört, bedankte sich abschließend für den großartigen Austausch und die guten Begegnungen.













BERICHT AUS OBERFRANKEN

Veranstaltung „Female Finance“ der FU-Oberfranken



Himmelkron. Der Bezirksverband der Frauen-Union Oberfranken mit seiner Bezirksvorsitzenden und Bundestagsabgeordneten Dr. Silke Launert organisierte gemeinsam mit dem Kreisverband der Frauen-Union Kulmbach unter Doris Leithner-Bisnai eine Veranstaltung zum Thema **„Female Finance“**. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie Frauen ihre finanzielle **Unabhängigkeit stärken** und **frühzeitig für ihre Zukunft vorsorgen** können, auch im Hinblick auf die Altersvorsorge. Dazu gab Investment Coach Sandra Ernst einen verständlichen und praxisnahen Einblick in die Welt der Finanzen. Denn finanzielle Selbstbestimmung und Unabhängigkeit sind wichtige Themen, die Frauen jeden Alters betreffen. Dr. Silke Launert dankte Sandra Ernst abschließend herzlich für ihr Kommen und die wertvollen Impulse.

Veranstaltung zum Thema Frauengesundheit

Bad Alexandersbad. Die Frauen-Union des Kreisverbandes Wunsiedel und die Frauen-Union Oberfranken luden Anfang Oktober gemeinsam zur Veranstaltung **„Let’s talk about Menopause“** ein. Im Mittelpunkt stand die Gesundheit von Frauen und insbesondere das Thema Wechseljahre. Dabei wurde deutlich, dass Frauengesundheit in vielen Bereichen der Forschung lange Zeit zu wenig berücksichtigt wurde. Neben der Bundestagsabgeordneten und Staatssekretärin im Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt, Dr. Silke Launert, war ebenfalls der Facharzt für Gynäkologie und Geburtshilfe, Dr. Florian Kresse, zu Gast. Er stellte sich den zahlreichen Fragen aus dem Publikum und gab Einblick rund um Vorsorge, Beschwerden und Behandlungsmöglichkeiten. Silke Launert berichtete über die Maßnahmen des Bundes, mit denen die Forschung zur Frauengesundheit künftig stärker gefördert werden soll.
So wurde im Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt ein eigenes Referat für Frauengesundheit eingerichtet. Die Forschung zu den Wechseljahren ist dabei einer der Förderschwerpunkte. Mit rund 21 Millionen Euro soll die Forschung zu den Ursachen, Beschwerden, Diagnose- und Behandlungsmöglichkeiten der Wechseljahre gestärkt werden. Auch das Bundesgesundheitsministerium hat einen nationalen Dialogprozess zu den Wechseljahren gestartet. Mit insgesamt 11,5 Millionen Euro über vier Jahre sollen unter anderem Forschung und Datenlage, Aufklärung, medizinische Versorgung sowie die Unterstützung von Frauen im Arbeitsleben verbessert werden. Die Wechseljahre betreffen in Deutschland derzeit rund neun Millionen Frauen, 80 % haben Beschwerden, die bei etwa einem Drittel so stark sind, dass die Lebensqualität eingeschränkt ist. Umso wichtiger sei es, das Thema aus der Tabuzone zu holen und darüber zu sprechen. Silke Launert bedankte sich daher bei Dr. Florian Kresse für sein Kommen und bei der Kreisvorsitzenden der FU-Wunsiedel, Ulrike Braun, für die Organisation.







BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Berlin. Bayern. Basis

Bayreuth/Gräfenberg/Hollfeld/Pegnitz. Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert lud im September und im Oktober zu vier Veranstaltungen **„Berlin. Bayern. Basis“** in unterschiedlichen Städten und Gemeinden ein. Unter dem Motto „Zuhören. Erklären. Diskutieren. Offen, direkt und miteinander“ wollte sie mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort ins Gespräch kommen. Dabei wollte sie mit den Menschen sprechen und sich anhören, was ihnen auf dem Herzen liegt und ebenfalls über die Arbeit der Bundesregierung in Berlin berichten. Alle vier Veranstaltungen waren für jeden öffentlich und es gab einen großen Andrang an Menschen. Dabei ging es um unterschiedliche Themen wie die hohen Spritpreise, die Rentenreform, das Krankenhausstabilisierungsgesetz, Migration, Sicherheit, Verteidigung und Steuerbelastungen sowie viele weitere Bereiche. Silke Launert spürte den Frust und den Unmut der Bürger und sprach mit ihnen über die Themen, die sie aktuell bewegen. In Pegnitz war zudem auch Landtagsabgeordneter Franc Dierl mit dabei, der ebenfalls einen Einblick in die Landespolitik in Bayern gab.





BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Besuch der Psychotherapeutischen Praxis Uffmann

Bayreuth. Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert stattete Mitte September der Psychotherapeutischen Praxis Uffmann in Bayreuth einen Besuch ab. Auf Einladung von Kai Uffmann war sie nach einer gemeinsamen Videokonferenz im Juli gekommen, um über die aktuellen Herausforderungen der psychotherapeutischen Versorgung zu sprechen. Im Mittelpunkt stand dabei insbesondere die geplante Änderung der Rahmenbedingungen für die ambulante Psychotherapie. Konkret ging es um die geplante Rückführung psychotherapeutischer Leistungen in die morbiditätsbedingte Gesamtvergütung sowie um die vorgesehene Streichung der gesetzlichen Angemessenheitsprüfung.



Bei den Psychotherapeutinnen und -therapeuten besteht die Sorge, dass Praxen bestimmte Behandlungen nicht mehr in gleichem Umfang anbieten können, wenn diese nicht ausreichend vergütet werden. Das ist problematisch, da Therapiesitzungen feste Zeiten benötigen und nicht durch schnellere Behandlungen ersetzt werden können. Die Praxen befürchten, dass dadurch die Planungssicherheit für sie abnimmt und langfristig Therapieplätze verloren gehen. Und das in einer Zeit, in der Patientinnen und Patienten bereits lange auf Plätze warten müssen.

Eine wirksame psychotherapeutische Behandlung hilft nicht nur Betroffenen selbst, sondern trägt auch dazu bei, längere und kostenintensivere Krankheitsverläufe zu vermeiden. Silke Launert betonte, dass sie die Anliegen für die weiteren Beratungen mit nach Berlin nehme und dankte der Psychotherapiepraxis Uffmann für das offene Gespräch!

Fahrzeugweihe des neuen HLF 10 in Nemmersdorf



Nemmersdorf/Goldkronach. Die Freiwillige Feuerwehr Nemmersdorf freut sich über ein neues HLF 10. Mitte September wurde das neue Fahrzeug feierlich eingeweiht. Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert freute sich sehr, bei der Fahrzeugweihe dabei sein zu dürfen. Das neue Fahrzeug ist eine wichtige Unterstützung für die Feuerwehr und ihre Einsatzkräfte, die Tag und Nacht für die Sicherheit der Menschen im Einsatz sind. Denn Feuerwehren sind ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft. Gerade im ländlichen Raum sind sie Teil des gesellschaftlichen Lebens. Sie pflegen Brauchtum und Tradition, bringen Menschen zusammen und stärken den Zusammenhalt in den Gemeinden.
Dr. Silke Launert bedankte sich abschließend bei allen Feuerwehrfrauen und -männern für ihren ehrenamtlichen Einsatz und ihr großes Engagement.
Sie wünschte der Feuerwehr alles Gute mit dem neuen HLF 10!

BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Besuch des Unternehmens CYBEX





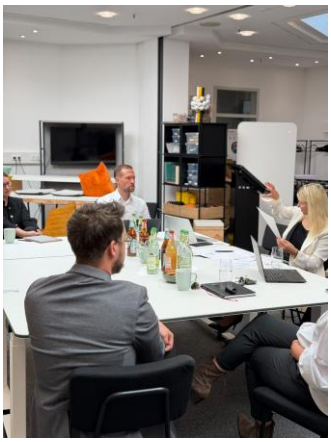
Bayreuth. Das Unternehmen CYBEX GmbH mit Sitz in Bayreuth ist seit mittlerweile 21 Jahren ein weltweit führender Anbieter im Bereich von Produkten für Kinder. Zum Sortiment gehören beispielsweise Kindersitze, Kinderwagen, Kindermöbel und Babytragen. Mit rund 8.000 Beschäftigten ist CYBEX zudem ein wichtiger Arbeitgeber in der Region. Die Erfolgsgeschichte des Unternehmens zeigt sich auch in seiner Entwicklung: Erst im Dezember 2024 eröffnete CYBEX seinen eigenen Store am renommierten Kurfürstendamm in Berlin.

Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert besuchte Anfang Oktober gemeinsam mit dem Staatssekretär im Bayerischen Finanzministerium Martin Schöffel, dem Landtagsabgeordneten Franc Dierl und dem Zweiten Bayreuther Bürgermeister Stefan Schuh den Unternehmenssitz in Bayreuth. CEO Johannes Schlamminger führte die Besucher durch das Unternehmen und gab ihnen einen spannenden Einblick in die Arbeit und Strukturen von CYBEX. Im gemeinsamen Gespräch ging es auch um aktuelle Herausforderungen, vor denen Unternehmen in Deutschland stehen. Dabei wurde deutlich, wie wichtig gute und verlässliche Rahmenbedingungen für die Wirtschaft sind. Dr. Silke Launert betonte, dass Unternehmen in Deutschland gestärkt werden müssten. Dazu brauche es vor allem weniger Bürokratie, schnellere und effizientere Verfahren sowie bessere Bedingungen, damit Unternehmen zukünftig weiterhin erfolgreich in Deutschland wirtschaften und Arbeitsplätze sichern können.

BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Besuch des Instituts für Entrepreneurship & Innovation an der Universität Bayreuth

Bayreuth. „Wie lassen sich Forschung und Wirtschaft noch stärker miteinander verbinden?“ Mit dieser Frage beschäftigte sich die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert bei ihrem Besuch des Instituts für Entrepreneurship & Innovation (IEI) Ende September an der Universität Bayreuth. Das Institut wurde 2020 gegründet und ist eine Einrichtung der Universität Bayreuth. Ziel ist es, wissenschaftliche Erkenntnisse stärker in die wirtschaftliche Praxis zu übertragen und damit neue Ideen und Innovationen voranzubringen. Dabei soll ein Ort geschaffen werden, an dem Wissenschaft, Start-ups, etablierte Unternehmen sowie Gründungsinteressenten zusammenkommen und gemeinsam neue Ideen entwickeln können. Im Gespräch mit Prof. Dr. Matthias Baum, Prof. Dr. Rodrigo Isidor, Prof. Dr. Rebecca Preller, Prof. Dr. Eva Jakob, Dr. Petra Beermann sowie David Eder wurde deutlich, wie wichtig der Austausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ist. Denn Forschung könne ihr volles Potenzial vor allem dann entfalten, wenn es gelinge, neue Erkenntnisse auch in die Praxis zu übertragen und daraus konkrete Anwendungen und Geschäftsideen zu entwickeln. Dr. Silke Launert hatte das Institut bereits bei der Grundsteinlegung für den Neubau am 15. Mai 2026 besucht. Bis Anfang 2028 soll das neue Gebäude für das Institut fertiggestellt werden. Es schafft zusätzliche Arbeitsplätze an der Universität Bayreuth, stärkt den Innovationsstandort Bayreuth und bietet jungen Talenten die Möglichkeit, ihre Ideen zu verwirklichen.





Besuch der Wanderausstellung am Graf-Münster-Gymnasium




Bayreuth. Bis Freitag, den 2. Oktober 2026, war am Graf-Münster-Gymnasium in Bayreuth die Wanderausstellung des Deutschen Bundestages zu sehen. Die Wanderausstellung informiert vor allem junge Menschen über die Arbeitsweise des Deutschen Bundestages sowie über die Arbeit der Bundestagsabgeordneten. Dr. Silke Launert freute sich daher sehr, auf Einladung der Bundestagsabgeordneten Anette Kramme bei der Eröffnung mit Bayreuths Drittem Bürgermeister Thomas Bauske, Schulleiter Christian Kramer und Lehrer Alexander Prechtl dabei sein zu dürfen.
Auf insgesamt 16 Schautafeln und mehreren Multimedia-Monitoren konnten sich die Schülerinnen und Schüler sowie weitere Besucher über den parlamentarischen Ablauf informieren. Die Wanderausstellung bot damit eine gute Gelegenheit, einen Einblick in die Arbeit des Parlaments zu erhalten.

BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Ortshauptversammlung der CSU Rotmaintal





Rotmaintal/Heinersreuth. Mitte September fand die Ortshauptversammlung mit anschließender Wahlparty des CSU-Ortsverbandes Rotmaintal statt. Bei der Ortshauptversammlung sprach Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert ein Grußwort und auch Landtagsabgeordneter Franc Dierl war vor Ort. Gemeinsam wurde noch einmal der erfolgreiche Ausgang der Kommunalwahl im März in Heinersreuth und insbesondere der Erfolg von Bürgermeisterin Simone Kirschner und ihrem Team gefeiert. Silke Launert bedankte sich bei den Mitgliedern für ihren starken Einsatz und ihr Engagement vor Ort. Im Rahmen der Veranstaltung wurden zudem verdiente Mitglieder für ihren Einsatz geehrt. Im Anschluss wurde bei der Wahlparty mit einem gemeinsamen Dankesessen in geselliger Runde gefeiert.

Erster Herbstempfang der Jungen Union Bayreuth-Stadt

Bayreuth. Die Junge Union Bayreuth-Stadt mit der Kreisvorsitzenden Julia Höhmann feierte am 18. September ihren ersten Herbstempfang in der Klimalounge. Als Ehrengast kam der CSU-Landesgruppenvorsitzende im Deutschen Bundestag, Alexander Hoffmann, nach Bayreuth. Auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert sowie der Landtagsabgeordnete Franc Dierl waren vor Ort und freuten sich sehr über die Einladung. In seiner Rede sprach Alexander Hoffmann über die aktuelle Politik in Berlin. Dabei betonte er, dass die CSU in Berlin klar und eindeutig für ihre Überzeugungen stehe und sich für diese einsetze. Im weiteren Verlauf des Abends hatten die JU-Mitglieder die Möglichkeit, mit Alexander Hoffmann ins Gespräch zu kommen, Fragen zu stellen und über aktuelle politische Themen zu diskutieren.
Silke Launert bedankte sich zum Abschluss bei der Kreisvorsitzenden Julia Höhmann und ihrem gesamten Team für den gelungenen Abend und die Organisation des ersten Herbstempfangs.





BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Herbstempfang der JU Weidenberg und der JU Bayreuth-Land



Weidenberg. Die Junge Union Weidenberg und die Junge Union Bayreuth-Land veranstalteten gemeinsam ihren Herbstempfang im Schloss im Garten. Eingeladen hatten der Weidenberger Ortsvorsitzende Moritz Singer, der Kreisvorsitzende Adrian Bär und ihre Teams. Unter den Gästen waren auch der Landtagsabgeordnete Franc Dierl, Staatssekretär Martin Schöffel, der Erste Bürgermeister von Weidenberg sowie die Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert. Im Fokus des Abends stand die Frage, wie Jugendräume und Vereine vor Ort erhalten und neue Begegnungsstätten für junge Menschen geschaffen werden können. Dabei wurde deutlich, wie wichtig solche Angebote für das Gemeinschaftsleben und die Zukunft der Kommunen sind.

Kreisdelegiertenversammlung der CSU Bayreuth-Land



Prebitz. Unter dem Motto „Ehrenamt in der Politik“ fand Mitte Oktober die Kreisdelegiertenversammlung der CSU Bayreuth-Land in Prebitz statt. Mit dabei waren auch der Landtagsabgeordnete und CSU-Kreisvorsitzende Franc Dierl, Staatssekretär und Bezirksvorsitzender der CSU-Oberfranken, Martin Schöffel sowie die Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert. Sie freute sich besonders über die Teilnahme zahlreicher junger CSU-Kommunalpolitikerinnen und -politiker, die sich mit neuen Ideen und viel Motivation für die Zukunft ihrer Heimat einsetzen. Während der Veranstaltung wurden zudem langjährig verdiente Mitglieder geehrt, darunter der Altlandrat Hermann Hübner und Günther Pöllmann, der langjährige Bürgermeister von Mehlmeisel.

Beide wurden für ihr langjähriges Engagement mit der Ehrennadel in Silber ausgezeichnet. Die jungen Kommunalpolitiker wurden ebenfalls ausgezeichnet und erhielten als Dank ein Glas vom leckeren Fichtelgebirgshonig. Dr. Silke Launert gratulierte beiden herzlich zu dieser verdienten Anerkennung und betonte, wie wichtig Menschen seien, die sich ehrenamtlich engagieren und Verantwortung übernehmen. Eine starke Gemeinschaft lebe von Menschen, die sich einbringen und etwas bewegen möchten.

BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Krautfest der CSU-Mehlmeisel

Mehlmeisel. Bereits zum 22. Mal feierte der CSU-Ortsverband Mehlmeisel sein traditionelles Krautfest. In diesem Jahr gab es dabei gleich doppelten Grund zur Freude: Neben dem Krautfest blickte der Ortsverband auf sein 80-jähriges Bestehen.

Auch die Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert stattete dem Ortsverband einen Besuch ab und nutzte die Gelegenheit, mit den Menschen vor Ort ins Gespräch zu kommen. Mit dabei waren zudem Staatssekretär und Bezirksvorsitzender der CSU-Oberfranken Martin Schöffel, Kreisrätin und FU-Kreisvorsitzende Sabine Habla sowie Bezirkstagsvizepräsident Stefan Sprecht. In ihrem Grußwort hob Silke Launert vor allem das große Engagement der Menschen vor Ort hervor. Denn ohne diejenigen, die Verantwortung übernehmen, sich einbringen und mit anpacken, wäre weder eine lebendige Gesellschaft noch eine starke Politik vor Ort möglich. Sie dankte deshalb dem Ortsvorsitzenden Johannes Geisler und seinem gesamten Team für die Einladung und für die Organisation dieser schönen und gelebten Tradition.






Besuch des FabLab Bayreuth

Bayreuth. Die Frauen-Union Bayreuth-Stadt mit ihrer Vorsitzenden Sabine Kerner besuchte Mitte September das FabLab Bayreuth e.V. Dabei handelt es sich um eine Hightech-Werkstatt, die Menschen den Zugang zu modernen Technologien wie 3D-Druck oder Lasercuttern ermöglicht. Der Verein möchte Technik und Wissen für alle zugänglich machen und damit die Begeisterung für neue Technologien fördern. Das FabLab ist in den Räumlichkeiten der Schlenck Elektrotechnik GmbH angesiedelt. Neben verschiedenen Kursen und Workshops bietet der Verein auch Angebote für Schulklassen an und arbeitet mit Start-ups zusammen. Zudem ermöglicht der Verein die Feier von Kindergeburtstagen. Gemeinsam mit der Geschäftsführerin der Schlenck Elektrotechnik GmbH, Claudia Ebert, und dem Vorsitzenden des FabLabs, Yomettin Soybaba, informierte sich die Gruppe, darunter auch Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert, über die Arbeit und die Angebote des Vereins. Silke Launert betonte, wie wichtig solche Angebote gerade für Kinder und Jugendliche seien. Sie ermöglichten es, Technik nicht nur theoretisch kennenzulernen, sondern selbst auszuprobieren. Sie dankte daher der Frauen-Union Bayreuth-Stadt für die Organisation des Besuchs und dem FabLab für die interessanten Einblicke in seine Arbeit.





BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Eröffnung der Kunstausstellung des Fördervereins Kunstforums Waischenfeld e.V.

Waischenfeld. Seit rund 40 Jahren lädt der Förderverein Kunstforum Waischenfeld e.V. zu seiner jährlichen Kunstausstellung ein. Die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert freute sich, im Oktober ebenfalls dabei sein zu dürfen. Insgesamt sechs Künstlerinnen und Künstler aus dem Verein stellten in der Kunstgalerie am GER-Haus ihre Werke aus. Zur Eröffnung wandte sich der Vorsitzende des Fördervereins, Prof. Dr. Heinz Gerhäußer, mit einer Rede an die Gäste. Anschließend richteten der Erste Bürgermeister von Waischenfeld, Thomas Thiem, Landrat Florian Wiedemann und die Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert Grußworte an die Anwesenden. Silke Launert betonte, wie bedeutend Kunst auch für die Begegnung zwischen Menschen sei, bedankte sich für die Einladung und würdigte das langjährige Engagement des Vereins.





Kunst fürs Kirchendach



Hollfeld. Das Dach der Hollfelder Pfarrkirche Mariä Himmelfahrt muss renoviert werden. Um Spenden zu sammeln, fand im Oktober eine ganz besondere Malaktion im Hollfelder Pfarrzentrum statt. Dort entstanden zahlreiche Bilder, die in der Weihnachtszeit bei einer Auktion versteigert werden sollen. Der Erlös kommt der Finanzierung des neuen Kirchendachs zugute. Auch die Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert und der CSU-Ortsvorsitzende Manuel Schuberth schauten vorbei, beteiligten sich an der Aktion und griffen selbst zu Pinsel und Farbe.

BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Tag der offenen Brennereien



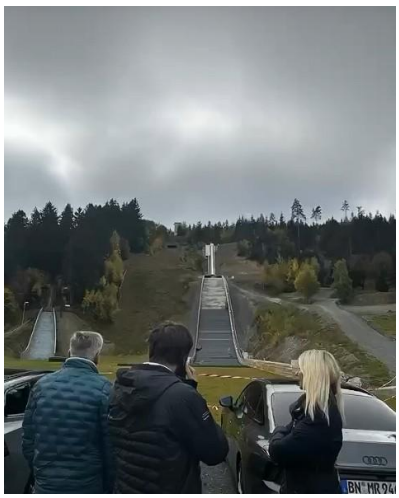



Pretzfeld. Ganz im Zeichen der fränkischen Tradition und Handwerkskunst stand der „Tag der offenen Brennereien und Brauereien“ in Pretzfeld. Anlässlich dieses Ereignisses besuchte die Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert die Edelbrennerei Haas in Pretzfeld sowie die Nikl-Bräu. Der Tag bot die perfekte Kulisse, um die einzigartige fränkische Brennereikunst und die kulinarische Vielfalt der Region kennenzulernen und gleichzeitig mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. Für die Abgeordnete stand der ungezwungene Dialog im Vordergrund. „**Solche Termine sind ein absolutes Highlight. Man kommt hier mit den Menschen ganz ungezwungen ins Gespräch, hört ihre Probleme, Wünsche und Vorstellungen und spricht über das, was die Region bewegt“**, erklärte Silke Launert. Die Kombination aus traditionellem Handwerk, regionaler Identität und politischem Austausch mache den besonderen Reiz dieses Tages aus. Die Edelbrennerei Haas in Pretzfeld präsentierte an diesem Tag ihr breites Sortiment an Sirups, Fruchtaufstrichen, Essigen sowie edlen Bränden und Likören. Die Nikl-Bräu wiederum lud zu Brauereiführungen ein und bot den Gästen die Gelegenheit, mehr über die Kunst des Bierbrauens zu erfahren. Die fränkische Genusskultur und die Gastfreundschaft der Region boten den idealen Rahmen, um politische Themen an die Menschen heranzutragen und gleichzeitig die Bedeutung des regionalen Handwerks zu würdigen.

BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Gemeindebesuch in Warmensteinach

Warmensteinach. Auf Einladung des Ersten Bürgermeisters Sebastian Zwenzner stattete die Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert der Gemeinde Warmensteinach im Oktober einen Besuch ab. Gemeinsam mit dem Zweiten Bürgermeister Reinhard Dörfler und dem Dritten Bürgermeister Guido Herold machte sie sich ein Bild von aktuellen Baustellen und Projekten in der Gemeinde. Dazu zählten unter anderem der Hort an der Grundschule und die K45-Schanze. Darüber hinaus besuchten sie das Waldschwimmbad, das Haus des Gastes in Oberwarmensteinach und das Freizeithaus. Bei einem gemeinsamen Mittagessen im Bürgermeisterbüro sprachen sie über wichtige Themen für die Gemeinde, darunter die Sanierung des Kindergartens und der Schule. **„Solche Gemeindebesuche sind für mich besonders wichtig, denn sie zeigen, wo es vor Ort brennt und was getan werden muss“,** so Silke Launert. **„Ich kann mir selbst ein Bild von den Herausforderungen in den Gemeinden machen.“** Daher bedankte sie sich herzlich bei den Bürgermeistern für die Einladung und die wichtigen Gespräche.





80 Jahre SV Bavaria Waischenfeld

Waischenfeld. Anlässlich des 80-jährigen Bestehens des SV Bavaria Waischenfeld e.V. fuhr Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert nach dem CSU-Parteitag in München weiter nach Waischenfeld. Dort hatte sie die Gelegenheit, mit den Mitgliedern des Vereins über die Bedeutung des Ehrenamts und die Herausforderungen für Vereine aus der Region zu sprechen. Dabei wurde deutlich: Sportvereine sind mehr als nur Orte der sportlichen Betätigung. Vielmehr verbinden sie Generationen, fördern die Gemeinschaft und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Vor allem das Engagement der vielen Ehrenamtlichen ist dabei unverzichtbar für ein lebendiges Vereinsleben. Aus diesem Grund ist für Silke Launert genau dieser Austausch mit den Menschen und den Vereinen besonders wichtig, um mit ihnen über ihre Erfahrungen und Anliegen zu sprechen. Sie gratulierte dem SV Bavaria Waischenfeld zu 80 Jahren Vereinsgeschichte und bedankte sich für die Einladung.



BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Großer Bratwursthügel in Pottenstein



Pottenstein. Auf Einladung der Bundestagsabgeordneten Dr. Silke Launert und des CSU-Ortsverbands Pottenstein mit seiner Ortsvorsitzenden Birgit Haberberger fand Mitte Oktober der Große Bratwursthügel im Gasthaus „Zum Gnock“ in Elbersberg statt. Die Veranstaltung bot zugleich Gelegenheit für einen Bürgerdialog, bei dem die Anliegen und Fragen der Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt standen. Bei verschiedenen Bratwurstkombinationen kam Silke Launert mit den Gästen über aktuelle politische Entwicklungen und Themen ins Gespräch. Dabei ging es unter anderem um den CSU-Parteitag am Vortag sowie um aktuelle Gesetzentwürfe aus dem Deutschen Bundestag. Auch der Pottensteiner Bürgermeister Christian Weber war vor Ort. Silke Launert bedankte sich abschließend für die vielen anwesenden Gäste und die sehr guten offenen Gespräche.

Geburtstagsfeier von Forchheimer Bürgermeisterin Martina Hebendanz







Forchheim. Anlässlich ihres 50. Geburtstags lud die Forchheimer Bürgermeisterin Martina Hebendanz zu ihrer Geburtstagsfeier ein. Unter den vielen Gästen aus der Landes- und Kommunalpolitik war auch die Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert, die sich sehr über die Einladung freute. Dabei traf sie auch auf viele bekannte Gesichter, darunter Benedikt Graf von Bentzel und die FU-Kreisvorsitzende aus Forchheim, Tanja Hebert-Nebe. **„Für das neue Lebensjahr wünsche ich alles Gute, Gesundheit, Glück und weiterhin viel Erfolg bei deiner Arbeit in Forchheim“**, gratulierte Silke Launert.

BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Inbetriebnahme des neuen Pumpwerkes Adlitz

Pegnitz. Auf Einladung der Juragruppe des Zweckverbands zur Wasserversorgung kam die Bundestagsabgeordnete nach Pegnitz zur feierlichen Inbetriebnahme des neuen Pumpwerks Adlitz. Mit der neuen Anlage können künftig jährlich rund zwei Millionen Kubikmeter Trinkwasser über die Hohensmirsberger Platte, den höchsten Punkt der Fränkischen Schweiz, gefördert werden. Gleichzeitig wurde ein teilsanierter Hochbehälter mit einem Fassungsvermögen von 3.000 Kubikmetern an das Pumpwerk angeschlossen. Das Vorhaben wurde auch vom Freistaat Bayern gefördert und stärkt die Trinkwasserversorgung zahlreicher Gemeinden und Städte im Versorgungsgebiet. Unter den Teilnehmern waren unter anderem der Werkleiter und Geschäftsführer der Juragruppe, Hans Hümmer, der Geschäftsführer der Stadtwerke Bayreuth, Markus Rützel, sowie Hollfelds Erster Bürgermeister Hartmut Stern.







Impressum:

Bundestagsbüro
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
silke.launert@bundestag.de
T.: 030/227 79345

Wahlkreisbüro Bayreuth
Eduard-Bayerlein-Str. 5, 95445 Bayreuth
silke.launert.ma02@bundestag.de
T.: 0921/76430 21

Hinweis zum Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI):
In dieser Ausgabe wurden teilweise Grafiken und Bilder mithilfe von KI-Tools erstellt oder bearbeitet.